

Extrablatt „Vorwärts“

Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Nummer 4

Freitag, den 10. Januar 1919

Nummer 4

Offensive gegen Spartakus

Berliner!

Die Reichsregierung hat mir das Amt des ersten Kommandanten von Groß-Berlin übertragen mit dem Befehl, die öffentliche Ordnung wiederherzustellen.

Helft mir!

Ich kann diese schwere Aufgabe nicht erfüllen, wenn ihr nicht

folgende Weisungen befolgt:

1. Die Anordnungen der Regierungstruppen gelten für jedermann;
2. Der Verkehr auf den Straßen ist möglichst einzuschränken. Frauen und Kinder sollen zuhause bleiben. Es sind Kämpfe im Gange, bei denen niemand für euer Leben einstehen kann;
3. Waffentragen ist nur Truppen und Personen, die von der Reichsregierung oder der Kommandantur die Genehmigung dazu haben, gestattet. Alle anderen werden im Betretungsalle festgenommen, entwaffnet und bestraft werden.

Alabunde,

Erster Kommandant von Groß-Berlin.

Der 4. Kampftag!

Das elende Verbrechen an der Freiheit der Berliner Bevölkerung hat schon unendlich viel Blut gefordert. Jeder Tag bringt viele Tausende von Toten und zahlreiche Verwundete. Die Blutschuld der russischen Söldner häuft sich von Stunde zu Stunde. Wahnsinn, Verrat, Korruption, gewissenloses Spiel mit Menschenleben — das ist der Charakter des spartakistischen Terrors. Diese elenden Henker geben vor „Erlaubnisgeber“ zu sein. Lug und Trug! Sie sind Sklaven der blutigen und wilden Art. Sie wollen keine Freiheit, sie wollen den Terror, die Diktatur des Maschinengewehrs!

Das Blut, das diese Wortschreiber verschuldet haben, schreit zum Himmel. Aber die Abrechnung naht! Das ganze Volk kommt in Empörung über die Schandtaten dieser russischen Millionen ausgehaltenen Soldaten und über die Unterjochungsabsichten gegenüber unseren Millionen von Brüdern.

Der Kampf bei Wollse.

B. S. Seit den ersten Vormittagshunden hat der Kampf um die von den Spartakisten besetzten bürgerlichen Zeitungen und Wolffs Telegraphisches Büro eingesetzt. Eine ansehnliche Truppenmacht hatte man zusammengesogen, um die Befreiung der gewaltvoll unterdrückten Blätter durchsetzen zu können. Es war von vornherein klar, daß die Vertreibung der Spartakisten aus dem mächtigen Zweifrontenbau, von dem aus man die Hauptgänge durch die Jerusalemer- und die Schützenstraße leicht beherrschen kann, nicht ganz einfach sein werde, und so hatte man alle dazu nötigen Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Zunächst handelte es sich darum, die ganze Gegend abzusperren, um einmal zu verhindern, daß die in dem Gebäude stehenden Spartakisten Verstärkung erhielten, und ferner um eine Gefährdung des Publikums nach Möglichkeit zu verhindern. Die Angreifer waren mit schweren und leichten Maschinengewehren ausgerüstet und ferner standen ihnen noch mehrere Flammenwerfer zu Gebote, für den Fall, daß die Spartakisten sich einer Klammung hartnäckig widersetzen sollten. Zunächst wurde der Dönhofsplatz von den Regierungstruppen besetzt, an dessen östlicher Ecke zwei Maschinengewehre in Stellung gebracht wurden, die durch die Jerusalemer Straße das Berliner Tageblatt unter Feuer nahmen. Eine zweite Abteilung drang durch die Lindenstraße vor und schob mit einem leichten M. G. durch die Schützenstraße ebenfalls auf das Zeitungsgelände. Die Verteidiger erwiderten das Feuer sehr lebhaft aus dem Mittelzimmer der ersten Etage, doch früher dem Anhalter des Moskischen Verlags als Arbeitszimmer gedient hatte. So ging der Kampf ohne eine Entscheidung bis gegen 2 Uhr mittags weiter. Um diese Zeit fuhr wiederum ein Panzerauto vom Dönhofsplatz auf die Jerusalemer Straße entlang, um festzustellen, ob das Portal bereits durchbrochen sei. Dabei kam es zu einem lebhaften Gefecht. Um 2 Uhr machten die Freiwilligen der Sicherheitswehr einen Vorstoß.

Sie kletterten auf die Dächer

der Lindenstraße an der Ecke der Schützenstraße. Schlangen sich von Dach zu Dach die ganze Schützenstraße weiter und erreichten so die Ecke Schützen- und Jerusalemer Straße. Dort bauten sie die Maschinengewehre ein und besetzten nun das Giebelstübchen des Moskischen Gebäudes und das Dach. Dabei wurde auch festgestellt, daß die Eingeschlossenen über die Dächer der Schützenstraße bis zur Markgrafenstraße sich fortbewegen und von dort laufend mit Munition und Lebensmitteln versorgt wurden. Diese Tatsache wurde dem Führer der Regierungstruppen gemeldet, und dieser ließ nun auch die Markgrafenstraße durch eine dicke Postenkette absperren, so daß die Verteidiger tatsächlich von der Außenwelt abgeschnitten waren. Inzwischen hatte man auch die Flammenwerfer herangebracht, die mit Eintritt der Dunkelheit über die Häuser hinweg nach der Ecke Schützen- und Jerusalemer Straße gebracht wurden, um das Gebäude mit diesem Waffentypus Sturmreif zu machen. Kurz vor 5 Uhr potrouillierte wieder ein Panzerauto der Regierungstruppen durch die Jerusalemer Straße und traf an der Jerusalemer Kirche zwei mit Spartakus-Anhängern besetzte Postwagen, mit denen es in Feuerkampf geriet. Bei diesem Gefecht hatten die

Spartakisten sehr schwere blutige Verluste.

Nachdem jedoch das Regierungsbataillon die Lindenstraße verlassen, als Spartakisten Häuser der Jerusalemer Straße gegenüber der Kirche besetzten und von dort aus die Angreifer an der Schützenstraße besetzten. Die Regierungstruppen besetzten nun die Jerusalemer Kirche und brachten im Blutenturm zwei schwere Maschinengewehre zur Aufstellung, mit denen sie die hier gelegenen Dächer besetzten und mehrere Spartakisten verwundeten und töteten.

Um 5 Uhr erschien vor der Tür des Berliner Tagesblatts ein Mann mit der weißen Fahne. Daraufhin wurde von Seiten der Regierungstruppen das Feuer sofort eingestellt. Der Unterhändler bat um eine halbstündige Feuerpause, sowie um die Einstellung mehrerer Gefährte

um die Toten und Verwundeten zu versorgen

zu können. Diese Bitte wurde sofort erfüllt. Kurz nach 6 Uhr lebte dann das Feuer wieder auf, während die Angreifer sich zum Sturm rüsteten.

Zwei Spartakus-Lebensmittelanlässe beschlagnahmt.

B. S. Durch ein Panzerauto der Regierungstruppen ist es am gestrigen Donnerstag gelungen, zwei Lastwagen der Spartakus-Gruppe dingfest zu machen. Der Führer des Panzerautos bemerkte in der Stadt zwei Lastwagen, die hoch beladen und mit bewaffneten Soldaten und Arbeitern besetzt waren. Das Panzerauto verfolgte die beiden Gefährte und machte sie später nach kurzer Verfolgung kampfunfähig. Die Bewaffneten wurden mit Hilfe des Publikums überwältigt und abgeführt. Eine Untersuchung der beiden Wagen ergab, daß sie im Dienste des Spartakus-Bundes Lebensmittel für die Besatzung des „Vorwärts“ hatten bringen wollen. Die Automobile wurden von den Regierungstruppen beschlagnahmt und in Sicherheit gebracht.

Feuergefechte am Anhalter Bahnhof.

Der Kampf zwischen Regierungstruppen und Spartakisten, der schon in der Nacht vom Dienstag zu Mittwoch sehr heftig gewesen war, lebte am gestrigen Donnerstag gegen 2 Uhr nachmittags wieder auf. Die Bahnhofswache des Anhalter Fern- und Güterbahnhofs, die von Regierungstruppen angefüllt wird, und im Laufe des gestrigen Tages noch wesentlich verstärkt worden war, sollte von den Spartakisten aufgehoben werden, um das Einlaufen von Häfen mit Truppenverstärkungen zu verhindern. Infolgedessen besetzten die Spartakisten die Dächer der dem Anhalter Bahnhof gegenüber liegenden Häuser, namentlich des Erzler-Hotels und schossen von da aus auf die Regierungstruppen, die sich vor dem Bahnhof befanden. Der Kampf begann ohne Warnung und so wurden mehrere Passanten zu Anfang schwer verletzt. Die Regierungstruppen erwiderten das Feuer der Angreifer nachdrücklich, wobei es auf Seiten der frei auf den Dächern stehenden Aufständischen zahlreiche und schwere Verluste gab. Das Gefecht zog sich bis in die Abendstunden hin. Die Regierungstruppen blieben Herren der Lage.

Keine Flugzeugbomben für Spartakus.

Wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, ergriffen am Donnerstag Spartakisten in Döberitz bei dem dortigen Fliegerlager und verlangten vom dem Soldatenrat die Herausgabe der im Arsenal befindlichen Schornen und leichten Fliegerbomben. Der Kommandant weigerte sich. Nach dem Abzug der Bande ließ der Soldatenrat das gesamte Lager an Bomben auf freiem Felde in die Luft sprengen, um jeder Art von Vorkriegsvorzubringen.

Zeitungsraub auch in Hamburg

Hamburg, 9. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Heute haben die Spartakisten in Hamburg unter Führung Lassentorgs das „Hamburger Echo“ besetzt. Die Gewerkschaftskassen beschlagnahmt und die Türschloßer geschlossen.

Der Entscheidung zu!

Militärisches.

Die Kampferfahrung der Gegner rekurriert sich in erster Linie auf jenen Bevölkerungsteil von Berlin, die sich überreden ließen, die sozialdemokratische Arbeiterregierung Ebert-Scheidemann sei nicht radikal genug. Es handelt sich — in der Dreimillionenstadt — um einige Zehntausend Leute, die bei allen Demonstrationen zur Stelle sind, von denen aber naturgemäß nur ein Teil für den Dienst mit der Waffe in Betracht kommt. Viele von ihnen sind Familienväter und geneigt, möglichst bald in ihr Heim zurückzukehren. Die schlechte Verpflegung und das Bewußtsein der Untertugendheit verstärkt diese Neigung.

In den irreführenden Kämpfen gefaselt sich, jenen gewiß sehr unwillkommen, berufsmäßige Verbrecher, denen der Bürgerkrieg eine erwünschte Gelegenheit ist, ihre kleinen Privatgeschäfte zu erledigen. Fast überall, wo Spartakus eindringt, wird auch geraubt und geplündert. Als eigentliche Kampftruppe sind diese Horden des Schlachtfeldes nicht anzusehen, wo es ernst wird, verlassen sie sofort.

Die Schwäche der Gegenpartei wird vermehrt durch den Mangel einer überlegten Führung. Es handelt sich um Stoßtrupps, die ziemlich planlos vorgehen und sich überall blutige Köpfe holen, wo ihnen nicht zufällig ein Ueberwachungsbediensteter blüht. Der Wille, der sie leitet, ist ein politischer, kein militärischer, sie suchen überall dort einzudringen, wo Leute sitzen, über die sie sich ärgern, und sie besetzen, wenn sie können, die angegriffenen Objekte ohne Rücksicht auf ihren militärischen Wert.

Umgekehrt verstärkt sich nun jeden Tag die Abwehr der Regierungsbahnen, und immer deutlicher treten die Grundzüge eines überlegten planmäßigen Vorgehens in Erscheinung. Schon der gestrige Tag hat Spartakus und Genossen nur negative Erfolge gebracht. Sie verloren die Probiantämter in Tempelhofer und in der Köpenickerstraße, ebendort die Pionierskaserne, ferner auch die Reichsdruckerei, sie gewannen nichts. Die Arbeit wurde von Truppen der Kommandantur und von den neu eingezogenen Truppen des Oberbefehlshabers Kossle mit außerordentlich geringen Verlusten besetzt. Ueberwiegend leicht gelang die Wiedereroberung der Reichsdruckerei, bei der auf Regierungsseite nur — ein Pferd fiell. Ueberwiegend schwerer sind die Verluste auf der anderen Seite, der die Freude am Blutergießen, das sie in verbrecherischer Weise angezettelt hat, allgemach zu vergehen beginnt. Auch wir wünschen das Blutergießen so rasch wie möglich zu beenden, aber so, daß es nicht in ein paar Tagen von neuem beginnt. Das ist nur zu erreichen, wenn die Minderheit aus ihrer Stellung die demokratischen Konsequenzen zieht und sich der Mehrheit fügt, deren Macht ihr durch den gewaltigen Zustrom der Freiwilligen und durch die sichtbare Verschiebung der Kräfteverhältnisse mit jeder Stunde deutlicher vor Augen geführt wird.

Juristisches.

Die Revolution hat ihr eigenes Recht, sie ist nicht, wenn sie ihren Namen verdienen will, die bloße Rechtslosigkeit. Was in gewöhnlichen Zeiten ein politisches Verbrechen ist, ist in Revolutionszeiten, wenn es Erfolg hat, eine politische Tat, die neue Rechtsverhältnisse begründet. Aber in allen Zeiten bleibt das gemeine Verbrechen gemeines Verbrechen, und über die Notwendigkeit, es zu bestrafen, besteht zwischen den Parteien keine Meinungsverschiedenheit. In den ersten Tagen wurden vielfach Standgerichte errichtet, die überführte Mörderer zum Tode durch Erschießen verurteilten. Es wird also ein Unterschied zu machen sein zwischen denen, die für eine — sei es auch noch so verkehrte — politische Meinung kämpfen und den andern, denen der politische Meinungskampf nur ein Vorwand für ihr dunkles Gewerbe ist.

Darüber hinaus schafft die Revolution auch ein gewisses Römerrecht. Die demokratisch-republikanische Staatsordnung muß geschützt werden gegen diejenigen, die sie stürzen und ein Willkürregiment an ihre Stelle setzen wollen. Wer die Pressefreiheit angreift und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes antastet, der muß sich darauf gefaßt machen, daß der Staat ihm mit seiner Macht entgegentritt. Wie weit dabei gegangen wird, ist lediglich eine Frage des förmlichen Empfindens und der politischen Erwägung.

Politisches.

Es ist nicht richtig, wenn man den gegenwärtigen Kampf als eine Angelegenheit betrachtet, die nur zwischen Sozialdemokratie und Spartakus zu erledigen ist. Denn die Anhänger der Unabhängigen, deren gemäßigter Führer sich um eine unbillige Vermittlung bemühten, sind in hellen Partien zu Spartakus gelassen. Eichhorn, den die Unabhängigen an die Spitze ihrer Liste für die Wahlen gestellt haben, ist der Führer der Bewegung, er wird am 18. Januar von der Berliner Bevölkerung das Zeugnis für seine eigentümliche Anführung als sogenannter Polizeipräsident erhalten. Die Annäherung des „Vorwärts“ wurde in der Hauptsache von Unabhängigen bejagt, die gefangen genommenen Verschwörungsmannschaften der Reichsdruckerei

— hier an der Zahl — waren sämtlich als Mitglieder der Unabhängigen Partei legitimiert.

In den „Vermittlungs“-Verhandlungen sagte Haase: Wenn diese Verhandlungen zu einem greifbaren Ergebnis führten, so würde der Erfolg der sein, daß sich die Unabhängigen von Spartakus trennten, die Spartakisten würden dann Offiziere ohne Mannschaften sein. Damit ist klar eingestanden, daß die Unabhängigen den Spartakus-Offizieren die Truppen stellen. Es erweist sich, was wir schon immer sagten, daß die Unabhängigen in jeder kritischen Situation, zur Verzweiflung eines Teils ihrer Führer, auf die Spartakus-Seite hinüberzürchen. Auch die sogenannten „revolutionären“ Obleute sind zum größten Teil nicht Spartakisten, sondern Unabhängige.

Die „Freiheit“ klagt schon darüber, daß jetzt geschossen wird, und sie meint nicht mit Unrecht, damit würde die Sache des Sozialismus getroffen. Aber alle Welt hat nur ein Hohngelächter dafür übrig, wenn die Sache so dargestellt wird, als trüge die sozialdemokratische Arbeiterregierung Schuld daran, daß geschossen wird. Spartakisten und Unabhängige waren es, die unablässig zum Bürgerkrieg hielten. Unabhängige und Spartakisten waren es, die die Zeitungsheftlinge und andere öffentliche Gebäude stürmten und die Pressefreiheit unterdrückten. Der unabhängige Polizeipräsident Eichhorn hat am Montag dem Stadtkommandanten Fischer ins Gesicht gesagt, es sei beschlossen, die Regierung Ober-Scheidemann mit Gewalt zu stürzen.

Bei so klarem Tatbestand die Schuld auf die Regierung zu schieben, dazu gehört ein Uebermaß von Heuchelei. Die Regierung bleibt, um dem Volke sein Recht zu sichern, das es am 19. Januar ausüben soll und das ihm verloren ginge, wenn die brutale Gewalt siegte. Jetzt, wo es klar wird, daß die Geschichte schief geht, belagern sich die Gewaltapostel über Gewalt.

Die Sache des Sozialismus wird durch sie geschändet und geschädigt. Verletzt werden kann sie nur durch den Sieg der Sozialdemokratie!

Die Erstürmung der Reichsdruckerei.

Ueber die Erstürmung der Reichsdruckerei, die, wie wir schon gestern meldeten, in der Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag erfolgte, werden uns noch folgende Einzelheiten berichtet:

Die Reichsdruckerei galt als ein besonders starker Stützpunkt der Spartakisten, dessen Einnahme diese als einen besonders großen Erfolg betrachteten. Was sie zur Verteidigung des Gebäudes tun konnten, war gewiß gering. Um so überraschender war der vollständige und leichte Erfolg, den die Regierungstruppen hier errangen.

Der Angriff begann Mittwoch, 11 Uhr 30 Minuten mit zwei Schüssen. Die aus leichten Feldgeschützen gegen das Angriffsobjekt gerichtet wurden. Ein starkes Maschinengewehrfeuer, das etwa 20 Minuten dauerte und aus dem Gebäude heftig erwidert wurde, folgte. Dann begann der Sturm von der Cronenstraße aus, der von der Republikanischen Soldatenwehr und Mannschaften des Kaiserregiments ausgeführt wurde. Im Innern des Gebäudes wurden noch einige Minenschüsse gewechselt, dann ergriffen die Verteidiger die Flucht. Den meisten gelang es, das Feuer zu gewinnen. Hier wußten sich die in dem Jahreshübschacht und wurden dort aufgehoben. Sie hatten sämtlich Erkennungsmarken der unabhängigen Partei.

180 Todesopfer.

Bis gestern nachmittags 5 Uhr waren gegen 180 Todesopfer gezählt worden. Es handelt sich zum Teil um Aufständische, zum Teil um unschuldige Passanten, die ahnungslos ins Feuer geraten waren. Die Verluste der Regierungstruppen sind bisher überraschend gering.

Da die Russen die Wiederherstellung der Pressefreiheit verweigern, die Regierung gewollt zu stürzen und die Wahlen des 19. Januar zu verhindern suchen, da sie sich weigern, die widerrechtlich besetzten Gebäude herauszugeben und noch immer, wenn auch schon mit merklich geschwächter Kraft, neue Angriffe versuchen, dürfte die Berliner Bürgerkriegs mit der oben angegebenen Zahl leider noch nicht abgeschlossen sein.

Ein neuer Vermittlungsvorschlag.

Die Haltung der Regierung.

Gestern nachmittags erschien eine aus 8 Mitgliedern der Sozialdemokratischen Partei, der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands und der Kommunistischen Partei bestehende Deputation der Arbeiter von Schwarzwald und der K. G. G. beim Zentralrat. Die Deputation war am Vormittag bei der Demonstration im Humboldthain gewählt worden. Sie erklärte im Auftrag der Arbeiter ihrer Betriebe versuchen zu wollen, ob eine Einigung unter den Berliner Arbeitern zustande zu bringen sei. Wenn nicht mit den Führern, so gegen sie.

Der Vorsitzende des Zentralrats, Genosse Leinert, versicherte, daß von seinen der Regierung und des Zentralrats solche Einigungsbestrebungen aus wärmste Förderung werden würden, daß aber nach wie vor für beide die Voraussetzung des Eintretens in Verhandlungen die Wiederherstellung völliger Pressefreiheit sei. Die Deputation erklärte sich mit diesem Standpunkt einverstanden und legte sich vom Zentralrat zur U. S. D. und zur Kommunistischen Partei, um auch dort ein Einverständnis zu erzielen. Ueber das Ergebnis ihrer Bemühungen wollte sie noch am selben Tage dem Zentralrat Mitteilung machen.

Die Regierung steht auf demselben Standpunkt, wie der Zentralrat. Auch sie wird jede Möglichkeit begründen, die Blutvergießen vermeiden will. Ein Ergebnis der Verhandlungen, die nach Wiederherstellung der Pressefreiheit sofort aufgenommen werden sollen, kann sie sich aber nur dann versprechen, wenn dabei vor allen Dingen die Entwaffnung aller Zivilpersonen

gründlich und gründlich durchgeführt wird. Die Aussetzung des Kampfes im revolutionären Staat mit geladenen Waffen anstelle der Gewalt, wie sie auch von der Deputation verlangt wurde, kann sich natürlich nicht nur auf Berlin beschränken, sondern muß von den beteiligten Parteien über das ganze Reich hin durchgeführt werden. Nur so läßt sich die Welt zur Nationalversammlung und diese selbst in unbeschränkter Freiheit abwickeln. Darin aber steht die Regierung nach wie vor die vornehmste Aufgabe, die sie mit aller Entschlossenheit durchzuführen wird.

Arbeiter, Bürger, Soldaten! Es geht ums Ganze!

Unabhängige Sozialisten, „revolutionäre“ Obleute und Spartakus haben sich vereinigt, um den Kampf gegen den Sozialismus und die Demokratie mit allen Mitteln der Gewalt anzunehmen und ihre Diktatur anzurichten. Demgegenüber muß sich jetzt jeder entscheiden.

Es gibt nur ein Hüben und Dräben!

Alle Hoffnungen, daß noch eine Verständigung herbeigeführt werden könnte, sind zunichte geworden. Nur durch den entschlossenen Willen der Volksmehrheit kann die Ordnung und die Sicherung der revolutionären Freiheiten erzwingen werden.

Vier Jahre haben wir um die Beendigung des Völkermordens gekämpft. Wir glaubten, daß jetzt endlich die Veranlassung gegeben hätte und das Völkergesetz für alle Zeit aufgehoben würde. Dieselben Leute aber, die sich als die schärfsten Kriegsgegner gebürdeten, sind jetzt mit Volkstrost dabei, das Blut der deutschen Arbeiter zu vergießen. Spartakus trägt die Verantwortung für dieses Völkergesetz, zu welchem er ständlich aufreizt, und die Unabhängigen leisten ihm hierbei Heferdienste.

Die Vermittlungsversuche der unabhängigen sozialdemokratischen Partei kann man demnach nur als Scheinmanöver bezeichnen. Während sie hier die Rolle des ungenügenden Mallers zu spielen versuchen, sind alle Anfrufe zum gewalttätigen Kampf gegen Ordnung und Demokratie, gegen den Willen der Volksmehrheit und gegen die Regierung von ihnen mitunterzeichnet! Dabei wußten die Unabhängigen genau, daß sie überhaupt keine Vollmacht in Verhandlungen hatten, da der eigentlich tonangebende Volksrechtsspartakusbund von vornherein jede Teilnahme an den Einigungsverhandlungen abgelehnt hatte.

Die Unabhängigen haben längst jeden Einfluß auf die Arbeiterschaft verloren.

Die Regierung machte zur Voraussetzung jeder Verhandlung, daß die gewalttätig besetzten Zeitungen freigegeben würden. Dies wurde von den Unabhängigen abgelehnt, sie sich damit im Zeitalter der Revolution als Feinde der Pressefreiheit kennzeichnen. An ihrer Schuld sind also die Verhandlungen gescheitert.

Deshalb Augen auf! Lacht euch nicht für' den!

Wenn jetzt die Unabhängigen in den Betrieben immer wieder zur Einigung auffordern, so ist das eine Anreizung der Arbeiter, die in Wirklichkeit nur zur Verstärkung der Verheerung dienen soll. Die sozialdemokratische Mehrheitspartei, die Betriebsvertrauensleute und die Arbeiterräte, welche auf unserem Boden stehen, sind entschlossen, den Kampf anzunehmen und jeden Terror zu unterdrücken, ganz gleich, von welcher Seite er kommt.

Mit aller Entschiedenheit bekämpfen wir auch die heute von den Spartakisten und Unabhängigen angegebene Parole zum Generalstreik. Es kommt darauf an, die Berliner Bevölkerung vor Not und Hunger zu schützen.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Arbeitet! Folgt nur den Parolen, die von uns ausgehen werden. Wenn es gilt, für euer Recht zu kämpfen, werden wir euch rufen.

Der Vorstand der sozialdemokratischen Bezirksorganisation Groß-Berlin (S. P. D.)

Theodor Fischer Franz Krüger August Patloch.

Der Strom der Freiwilligen.

Die Organisationsarbeit.

Der Zugang von Freiwilligen hat sich bei den Werkbetriebs esherordenlich verstärkt. Es ist nur mit großer Schwierigkeit möglich, alle Hilfsbereiten zu bewahren und zu verpflegen.

Die Organisationsarbeit Rodkes nimmt den besten Verlauf. In seinem Bereich sind alle Bereiche von Spartakus, Urache zu stiften, mühelos unterdrückt worden.

Das Gerücht, daß die Lichterfelder Kadelienanstalt von Spartakisten angegriffen worden sei, entbehrt jeder Grundlage.

Die „Freiheit“ auf Rügenpfaden.

Es ist unmöglich, alle die Lügen zu widerlegen, die sich in den merkwürdigen Kampfberichten dieser Tage finden. Besonders die „Freiheit“ tut sich in blutünstiger Ausmalung der Einzelheiten hervor, die nahezu alle erfolgen sind und von denen jede Einzelne den Froed hat, die angebliche Grausamkeit der Regierungstruppen und ihre Lust an wackeligen Völkergesetzen zu beneiden. Diese Verleumdungen sind eine kennzeichnende Illustration zu der Tatsache, daß sich die Parteifreunde dieses Blattes der Regierung als unparteiische Vermittler, als ehrliche Mallers gegenüber den Aufständern angeboten haben.

Allerdings scheinen diese Herren in der Berliner Organisation ihrer eigenen Partei nichts mehr zu sagen haben, was auch aus der Tatsache hervorgeht, daß die revolutionären Obleute ohne ihre Beihilfe mit dem Zentralrat verhandeln.

Die einzige Verhandlung, welche die Berliner Garnisonstruppen im Aufzuge und zur Unterstützung der Regierung vornahmen, war die Erstürmung der Reichsdruckerei, wo den regellosen Banden die unter dem Befehl der revolutionären Obleute stehenden, das Rotenpremiermaterial in die Hände gefallen war, allerdings ohne daß sie in der Schnellerei davon Gebrauch machen konnten. Dieses Unternehmen hat keinerlei Opfer an Einzelleben gefordert — ein Beweis, daß nur feste Entschlossenheit Völkergesetzen vermeiden kann. Ebenfalls vorgestern nacht ist das Präsidium in der Köpenicker Straße und gestern früh das in Tempelhof von den Truppen des Oberkommandierenden Roske genommen worden ohne erhebliche Verluste.

Spartakus-Treiben im „Vorwärts“-Haus.

Wir haben schon gestern den kommerziellen Herrscher des Hauses Lindenstraße 3 abgezeichnet, den entlarvt und aus dem „Vorwärts“ hinausgemurtenen Spiel Boeningf. Dieser wird in seiner revolutionären Tätigkeit von einem gewissen Herrn Watusch unterstützt, der in höchst primitiver Auffassung mit dem einkommenden Geld seine Taschen vollstopft. Jede Art geregelter Buchführung scheint als konterrevolutionär verpönt.

Die sog. „Redaktion“ wird von dem Russen Lewing und einem gewissen Fernbach geleitet. Von den Spartakus-Größen hat sich noch keine in dem gefährlichen Bau bliden lassen. Die Deutschen, die das „Vorwärts“-Haus in gutem Glauben „der Arbeiterschaft“ zurücküberließen, beginnen sich erkümmert zu fragen, ob es das Leben von Familienvätern lohnt, den Herrn Lewing und Fernbach ihre hervorragende Nichtbeachtung zu erwidern. Früher wurde der „Vorwärts“ von Männern geschrieben und redigiert, die seit Jahrzehnten in der Arbeiterschaft verwurzelt und in ihr bekannt sind — heute herrschen dort die unbekannten Herren Lewing und Fernbach als Fackelredakteure... und schon nacht Alchermistmisch!

Die Arbeiter des „Vorwärts“ haben das Haus verlassen. Es zieht ihnen jetzt dort zu schlecht. Die Posten stehen sich die Seine in den Leib vor einem verdorbenen Haus, aus dem es und zu ein kleines Blättchen voll leeren Redensarten in die Welt bringt. Man gibt seinen Groschen dafür, um zu sehen, ob der blödsinnige Sclandal noch immer nicht zu Ende ist...

Das Ganze heißt: Die Wiedereroberung des „Vorwärts“ durch die revolutionäre Arbeiterschaft.

Spartakus-Ausflüge aufs Land.

Am gestrigen Tage gingen drei Spartakus-Automobile mit Flugstrahlen und Rednern nach Brandenburg a. H., Prenzlau und Frankfurt a. O. ab. Wie wir die Stimmung der dortigen Gemeinden kennen, möchten die Spartakus keine angenehme Aufnahme garantieren. Die Bewohner der meisten Städte haben keine Lust, die Berliner Schweinerei bei sich einbringen zu lassen und Straßenkämpfe zu inszenieren.

Die „Rote Fahne“ beklagt sich bitter über böse Erfahrungen, die ihre Freunde in Wandebura machen mußten. Aber wer zum Bürgerkrieg geht, hat kein Recht, darüber zu klagen, wenn er in eine Kaserne gerät. Das ist nicht lebensgefährlich und kann viel Schlimmeres betreiben.

In Wustermark versuchten Spartakisten Flugzeuge und Bomben zu erhalten, stelen aber damit ab. Sie haben nur ihre freundschaftlichen Absichten verraten.

Die Spandauer Zeitung besetzt.

Die „Spandauer Zeitung“ wurde einer Meldung der T. A. Union zufolge am Donnerstag abend von 15 schwerbewaffneten Spartakisten besetzt und das ganze Personal heimgeschickt.

Bulige Kämpfe am Zentralviehhof.

Die Speditionsräte der Spartakisten.

Am Zentralviehhof fand am Donnerstag ein sehr heftiges Feuergefecht statt. Die Spartakisten wollten dies für die Volksernährung so wichtige Justiz stürmen. Sie wurden aber blutig heimgeschickt. Sie verloren 3 Tote und mehrere Verwundete. Die Regierungstruppen hatten 1 Toten und 1 Verwundeten. Die Spartakisten scheinen beabsichtigt zu haben, sich auf längere Zeit dort einzurichten. Denn außer einem Panzerauto und zwei Maschinengewehren ließen sie auch zwei Autos mit Speer in den Händen der Regierungstruppen.

Trotzki lässt Lenin verhaften!

Nach einer Meldung der S. R. hat Trotzki Lenin verhaften lassen. So ist es im bolschewistischen Tollhau. Erbliche Meinungsverschiedenheiten trägt man auch, indem man aufeinander schickt, minder erhebliche, indem man sich gegenseitig verhaftet. Können Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg und Kuber, so wäre die Frage alsbald nur noch die, welcher Teil des erlauchten Herrscherpaars den anderen einsperrten ließe.

Da die Meldung des holländischen Büros vorläufig noch unbestätigt ist und anschließende Meldungen fehlen, läßt sich die Tragweite des Moskauer Volksaufstandes nicht übersehen. Bei der großen Popularität, die Lenin in Bolschewistkreisen genießt, kann das angebliche Vergehen Trotzki leicht eine neue allgemeine Volksabstimmung und zum Schluß den Zusammenbruch des russischen Gewaltregiments zur Folge haben.

Ende des Berliner Strassenbahnerstreiks.

Die Strassenbahner haben Donnerstag nachmittags 3 Uhr den Betrieb wieder aufgenommen. Nach dem Spruch des als Einigungsamt angerufenen Gewerbegerichts erhält das Fahrpersonal eine einmalige Zulage von 500 Mark, das Anfangsgehalt für dieses beträgt monatlich 400 Mark und steigt bis zum Höchstgehalt von 500 Mark. Andere Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten einen Lohn von täglich 11 Mark bei 70h Arbeit und Feiertagen im Monat.